Potsdams]andere[Seiten

Die Linke ◄ Monatszeitung für die Landeshauptstadt

Juli 2013 Nr. 07 · 9. Jahrgang

Hochwasser: DIE LINKE hilft vor Ort

Teile von Brandenburg saufen regelrecht ab, Menschen verlieren oder kämpfen um ihre Existenz. Ackerflächen, ganze Städte und Dörfer in der Mark standen seit Tagen meterhoch unter Wasser. Und ein Ende war kaum in Sicht. Überwältigend ist die Hilfsbereitschaft der Menschen. Auch DIE LINKE.Brandenburg ist dabei - auch zahlreiche Mitglieder aus Potsdam. Genossinnen und Genossen füllten und schleppten Sandsäcke, wurden als Deichläufer eingesetzt, sorgten für Unterkünfte oder eine warme Mahlzeit - in Weisen/Prignitz, rund um Wittenberge, in Bad Liebenwerda, auch in Rathenow und Umgebung und überall dort, wo Deiche brechen konnten. Unser Foto: Die MdB Diana Golze und Dr. Kirsten Tackmann mit Sascha Krämer beim Sandsäckefüllen.



„100 Prozent sozial" beschlossen



„Wir freuen uns sehr, dass der Parteitag eine so große Geschlossenheit gezeigt hat", resümierte LINKEN-Chef Bernd Riexinger nach den dreitägigen Beratungen im Juni in Dresden. So wurde das Bundestagswahlprogramms „100 Prozent sozial" mit sehr großer Mehrheit beschlossen: Der Spitzensteuersatz soll beispielsweise auf 53 Prozent steigen. Ein gesetzlicher Mindestlohn soll beginnend mit zehn EUR bis Ende 2017 auf zwölf EUR steigen. Das Hartz-IV-System soll langfristig durch eine „bedarfsgerechte und sanktionsfreie Mindestsicherung" abgelöst werden. Eine Mindestrente von 1050 € (netto) wird gefordert, soziale Mietwohnungen und eine strenge Mietpreisbremse ebenfalls. Und letztlich sollen Großbanken vergesellschaftet werden.

(Mehr Seite 2)

LINKE SPITZEN: Von Norbert Müller, DIE LINKE, Bundestagskandidat für den WK 61

Gerecht für alle – 100% sozial – das beste Wahlprogramm

Fast geräuschlos und wenig wahrgenommen von den Medien hat DIE LINKE Mitte Juni in Dresden ihr Wahlprogramm beschlossen. Der Anspruch „100 % sozial" ist dabei der rote Faden durch die Programmatik. Wir wollen, dass dieses Land wieder sozialer und demokratischer wird. Demokratie ist, wenn sich die Interessen der Mehrheit durchsetzen. Deswegen setzt DIE LINKE sich für ArbeitnehmerInnen, RentnerInnen, Erwerbslose und Kinder ein.

Wir wollen, dass kein Lohn unter 10 € pro Stunde fallen darf, und zwar ohne Wenn und Aber. Dieser Mindestlohn soll im Laufe der kommenden vier Jahre auf 12 € ansteigen. Hartz IV soll sofort auf 500 € erhöht werden, um schlimmste Armut zu mindern und sanktionsfrei gezahlt werden. Rente darf nicht unter die Armutsrisikogrenze fallen. DIE LINKE hat ein ausfinanziertes Rentenkonzept erstellt,



in dem keine Rente unter 1050 € liegen soll.

Das alles sind keine krassen sozialen Geschenke, sondern Selbstverständlichkeiten. Eigentum entsteht durch Arbeit, ist eine Grundannahme des Liberalismus. Dieses Eigentum entsteht aber nicht bei den Arbeitenden, sondern bei jenen, die andere für ihr Eigentum arbeiten lassen. Dieses Missverhältnis hat dazu geführt, dass wenige viel, und viele wenig besitzen. Um jene Mehrheit der Menschen, die für gesellschaftlichen Wohlstand arbeiten daran auch partizipieren zu lassen, wollen wir große Vermögen und höchste Einkommen abschöpfen. DIE LINKE setzt sich für eine Vermögenssteuer von 5 % auf Vermögen von über einer Million Euro ein. Wir wollen den Spitzensteuersatz wieder auf 53 % anheben (ab einem Einkommen von 65.000 €) und eine 75-prozentige Einkommenssteuer auf jeden Euro Einkommen ab einer Million Euro.

Diese Gesellschaft ist reich, sehr reich. Aber ihr Reichtum ist ungerecht verteilt. 100 % sozial bedeutet eine umfassende Umverteilung, damit alle Menschen am gesellschaftlichen Wohlstand teilhaben können.

Sie wollen mit uns über unser Wahlprogramm diskutieren? Dann kommen Sie am Besten zum Sommerfest der LINKEN am 24. August in den Lustgarten.

In dieser Ausgabe

LINKS INFORMIERT

3 24. Sommerfest DIE LINKE.Potsdam mit tollem Programm/Sahra Wagenknecht war Gast an der Uni Potsdam/Spendenaufruf



LINKS IM RATHAUS

5 Parkeintritt abgewehrt/Diagnostik-Tochter fürs Bergmann-Klinikum

STERN/ KIRCHSTEIGFELD/ DREWITZ

6-8 Kinderfest Am Stern/Seniorenwoche 2013/Begegnungszentrum in Stadtteilschule/Kreisel in Drewitz/VORGESTELLT: SV Fortuna Babelsberg/Stern

FORUM

9 Diskussionsangebot: Vollversammlung oder Delegiertenprinzip/Bildungsveranstaltung in Potsdam-West

ORIGINAL SOZIAL

10 Nachlese: Kindertag in Babelsberg/Bedingungsloses Grundeinkommen – eine Gefahr für den Kapitalismus?

Informationen der Redaktion

Im August UND September 2013 erscheint „Potsdams andere Seiten“ als Sonderausgabe für den Bundestagswahlkampf.
Bitte vormerken: Die nächste reguläre „PaS“ erscheint am 1. Oktober 2013. Und inhaltlicher Schwerpunkt bildet für diese Ausgabe dann Babelsberg/ Zentrum Ost. Die Redaktionssitzung für die Oktoberausgabe findet am Montag, 2. September 2013, in der Geschäftsstelle Dortustraße statt.

IMPRESSUM

„Potsdams andere Seiten“
Die Linke Monatszeitung
für die Landeshauptstadt.
HERAUSGEBER: Kreisvorstand DIE LINKE. Potsdam; ***Sascha Krämer,*** Vorsitzender. Dortustraße 53, 14467 Potsdam.
REDAKTION: medien**punkt** potsdam; Hessestraße 5, 14469 Potsdam ***Bernd Martin*** (V.i.S.d.P.); ***Rainer Dyk,*** Redakteur; ***H. Jo. Eggstein,*** Layout; ***Jens Hörnig,*** Reisen, Service; ***Renate Frenz,*** Redaktionssekretariat; Tel.: 0331/ 20 01 89-70; Fax: -71; email: pas.redaktion@ gmx.net;
ANZEIGEN: Sekretariat.
BANKVERBINDUNG: Mittelbrandenburgische Sparkasse, Kto-Nr. 3508020699; BLZ: 160 500 00
„PaS“ erscheint monatlich für 12.000 LeserInnen. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion. Veröffentlichungen, die nicht ausdrücklich als Stellungnahme des Kreisvorstandes und/oder der Redaktion gekennzeichnet sind, stellen die persönliche Meinung des/der AutorIn dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte bzw. Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Für die Veröffentlichung von Leserpost behält sich die Redaktion das Recht sinnwahrender Kürzungen vor.
BILDAUTOREN: Redaktion, Archiv, Bergmann (2)
DRUCK: Nordost-Druck GmbH Neubrandenburg.

Hochwassersoforthilfe: Mittel aus EU-Fonds einfordern

DIE LINKE im Landtag Brandenburg bestärkt die Landesregierung darin, den Druck auf die Kanzlerin zu erhöhen, zügig und unbürokratisch alle nur mögliche Hilfe für die vom Hochwasser betroffenen Menschen zu aktivieren. Dazu gehören auch Mittel aus dem EU-Solidaritätsfonds. Dazu erklärt die europapolitische Sprecherin Kerstin Kaiser: “Um die Folgen der dramatischen Hochwasserlage bewältigen zu können, hat die EU-Kommission den drei am stärksten betroffenen Staaten - Deutschland, Österreich und Tschechien - finanzielle Hilfe in Aussicht gestellt, die diese aus dem europäischen Solidaritätsfonds beantragen können. Doch bei EU-Regionalkommissar Johannes Hahn war noch von keinem der drei eine Hilfsanfrage eingetroffen. Lediglich Österreichs Vizekanzler sprach von dem Vorhaben, gemeinsam mit den beiden anderen Ländern die EU um Unterstützung bitten zu wollen. Für Deutschland wird ein Hilfsanspruch bereits bei Schäden in Höhe von 3,67 Milliarden Euro wirksam. Bei dem Hochwasser von 2002 belief sich der errechnete Schaden auf 13 Milliarden. Für uns zeigt sich hier auch, mit der Ablehnung der Schuldenbremse in der Landesverfassung lagen wir richtig. So ist es jetzt einfacher, den Opfern des Hochwassers auch durch Kofinanzierung zu helfen.“

Hintergrundinformation: Der EU- Solidaritätsfonds wurde 2002 eingerichtet, als Reaktion auf die Überschwemmungen in Mitteleuropa und das damit einhergehende Jahrhunderthochwasser in Österreich. Hierin steht für Soforthilfen jährlich ein Betrag von einer Milliarde Euro bereit. Von diesen erhielten im April diesen Jahres bisher erst Österreich, Slowenien und Kroatien 14,6 Millionen Euro, ebenso infolge verschiedener Hochwasser-Zwischenfälle im November 2012.



Für gesetzliche Elementarschadenversicherung

Christian Görke, DIE LINKE: Versicherungen müssen bezahlbare Angebote machen

Im Zusammenhang mit den hohen Gebäude- und anderen Schäden durch das Hochwasser fordert DIE LINKE-Fraktion im Landtag die Debatte um die Einführung einer bundesweiten, allgemeinen gesetzlichen Grundversicherung gegen Elementarschäden wie auch Blitz, Sturm, Hagel etc. Das jüngste Hochwasser hat ins Gedächtnis zurückgerufen, dass Eigentum kaum gegen Schäden durch Naturgewalten versicherbar ist. Bislang geht man bundesweit jährlich von diesbezüglichen Schäden in Höhe von durchschnittlich ca. 30 Mrd. EUR aus. Die Versicherungswirtschaft sieht sich jedoch über ihren Markt nur in der Lage, jährlich etwa 8 Mrd. zu tragen. Für die restlichen 22 Mrd. fordert sie vom Staat eine Übernahmegarantie. Wir als LINKE weisen diese Forderung zurück. Die Versicherungsbranche hat in den vergangenen Jahren, ähnlich wie die Finanzwirtschaft, Milliardengewinne eingefahren, die Risiken aber vom Staat, also der Allgemeinheit, abfedern lassen. Die Versicherungswirtschaft bietet bislang nur freiwillige Versicherungslösungen an, deren überteuerte Beiträge kaum zu bezahlen sind. Diese werden von EigentümerInnen deswegen kaum nachgefragt. Dadurch konnte auch kein Markt für bezahlbare Versicherungsleistungen gegen Elementarschäden entstehen. Die Folge ist, dass bislang die finanzielle Entlastung für die von Naturkatastrophen wirtschaftlich Geschädigten tatsächlich weitgehend der Staat und damit die Steuerzahler übernehmen. DIE LINKE stellt daher die Einführung einer gesetzlichen Elementarschäden-Versicherung, zur Diskussion: Die Versicherungswirtschaft muss bezahlbare Policen anbieten, deren Beitrag ggf. nach Risikohöhe, Regionen u. a. gestaffelt ist. Um die finanziellen Belastungen für die Versicherten so gering wie möglich zu halten, muss die Versicherungswirtschaft ggf. auch auf einen Teil ihrer riesigen Gewinnmargen verzichten und so übermäßigen Kostendruck für die Bürger_innen abfangen.

Je stärker DIE LINKE – desto sozialer das Land

DIE LINKE hat monatelang über ihr Wahlprogramm beraten. Nach langer Debatte auf dem Dresdner Parteitag wurde kurz nach Mitternacht das Bundestagswahlprogramm „100 Prozent sozial“ mit sehr großer Mehrheit, bei nur fünf Gegenstimmen und einigen Enthaltungen, beschlossen.

DIE LINKE fordert die Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums. Zudem will DIE LINKE private Krankenkassen abschaffen und eine Versicherung für alle einführen. Die Bundeswehr soll aus allen Auslandseinsätzen abgezogen, Rüstungsexporte sollen gestoppt werden.

Die Beratungen zeigten, dass sich DIE LINKE als demokratische Partei ernst nimmt. So selbstverständlich ist das nicht. Die Spitzen von CDU und CSU zum Beispiel hecken ihr Programm im kleinen Kreis aus. Auch ist es nicht so, dass die Ideen der LINKEN wirkungslos wären. Beim Mindestlohn sind alle anderen Parteien zumindest rhetorisch auf ihre Linie eingeschwenkt. Die Forderung nach der Begrenzung der Dispozinsen hat sich die SPD angeeignet. Schließlich hat Dresden demonstriert, dass DIE LINKE mit Katja Kipping, Bernd Riexinger und Gregor Gysi nun über ein Machtzentrum verfügt, das das Schiff zu steuern vermag.

Nun haben wir ein Wahlprogramm, für das es sich lohnt auf die Straße zu gehen und mit den Menschen zu reden. Wir müssen sie begeistern und überzeugen, dass nur mit einer starken LINKEN aus den schönen Worten auch soziale Taten und eine gerechte Politik folgen. Jetzt muss es nur vom Sitzungssozialismus mit voller Kraft in den Wahlkampf gehen. Gregor Gysi hat das Ziel für den 22. September vorgegeben: Wir wollen zweistellig werden! Je stärker DIE LINKE, desto sozialer das Land! Dafür kämpfen wir.

Sascha Krämer

Zum 24. Mal – das Potsdamer LINKE Sommerfest





Auch in diesem Jahr hat Die LINKE nicht das Feiern neben der Arbeit vergessen. So findet am 24. August 2013 das 24. Sommerfest, der „Red Summer Day", im Potsdamer Lustgarten statt. Ab 11 Uhr werden beim „Politischen Frühschoppen", Vertreter der lokalen Stadtfraktion ihre Arbeit vorstellen und dem politisch Interessierten für Probleme, aber auch Anregungen zur Verfügung stehen. Durch die gesamte Veranstaltung werden sich, ganz im Zeichen der anstehenden Bundestagswahl (2013), aber auch der kommenden Europa-, Kommunal- und Landtagswahlen (2014), verschiedene Polittalks ziehen. Es wird auf verschiedenen Bühnen geredet, diskutiert, aber auch zugehört werden. Neben Politikern aus Stadt und Land, wird auch die Bundesvorsitzende der LINKEN, Katja Kipping, ab ca.16 Uhr das Wahlprogramm und die politischen Visionen unserer Partei der breiten Öffentlichkeit darlegen. Norbert Müller, unser Potsdamer Direktkandidat für den Bundestag, ist den ganzen Tag als Ansprechpartner, als Redner, aber auch als Mitfeiernder anwesend.

Neben dem politischen Anspruch dieses Festes, soll jedoch das Feiern nicht zu kurz kommen. So ist auch in diesem Jahr ein großer Familienbereich vorbereitet. Zwischen 13 und 18 Uhr wartet ein vielseitiges Familienprogramm auf seine Besucher. Der Stadtjugendring wird eine große Aktionsfläche betreiben, auf der sich die Kids auf der Hüpfburg und bei Sport und Spiel vollkommen austoben können. Die Potsdamer Klinikclowns werden mit amüsanten Kapriolen viel Kinderlachen über den Platz schallen lassen. Der Lehmbauer Paul und sein Freund, der Zimmerer Markus, lassen die Kinder Lehmziegel formen und mit Holz basteln. Mit Ponyreiten, Akrobatik, Bogenschießen, Büchsenwerfen, Kinderschminken und einigem anderen mehr haben die Kleinen eine Riesenauswahl. Während die Kids spielen, können die Älteren das „Poltische Themenzelt" mit Themen wie Kernenergie und Europapolitik, oder die umliegenden Informations- und Verkaufsstände besuchen und sich über die Arbeit von Potsdamer Vereinen informieren, oder ein Buch erwerben, das sie auf den kleinen Treppen des Lustgartens schon einmal anlesen können.

Aber auch der Eventbereich hat vieles zu bieten. Für die Befriedigung der kulinarischen Bedürfnisse werden u.a. Grillstände, auch vegetarisch, Getränkewagen, Kaffee- und Kuchenstände und ein Cocktailstand, genannt die „Red Summer Bar" geöffnet sein. Eine Tombola wird hochwertige Preise unter das Volk bringen. Musikalisch warten tolle Acts auf die Besucher. So bringen „Manifest" den Anwesenden die Musikrichtung Klezmer näher. Die aus dem osteuropäischen Judentum stammende Musiktradition verbindet musikalische Ekstase und menschliche Zerrüttung. Ganz im Zeichen des Sommers werden die beiden Potsdamer Trios „Kitchen Groove" (Percussions, Kontrabass, Gitarre) und „Pulsartrio" (Sitar, Klavier, Drum) mit jazzigen und beswingten Melodien zu begeistern wissen. In den Abendstunden beehren die Berliner Musiker von der Band „Mutabor" unsere Hauptbühne. Diese befinden sich gerade auf ihrer 22-jährigen Jubiläumstour und machen in Potsdam Halt, um tollen Deutschrock mit witzigen, intelligenten Texten unter die Menschen zu bringen. Ab 22 Uhr müssen wir leider das Fest beenden, aber im nächsten Jahr geht es weiter.

Hoffen wir, dass das Wetter uns viel Sonnenschein bereit hält. Für den Rest wird gesorgt.

Das Orga-Team/i.A. Michél Berlin

Sahra Wagenknecht an der Universität Potsdam

Die Stellvertretende Vorsitzende der Partei DIE LINKE, Sahra Wagenknecht, folgte einer Einladung der Hochschulgruppe DIE LINKE.SDS Potsdam und besuchte am 6. Juni die Uni Potsdam. Im Hörsaal 08 des Campus Griebnitzsee hielt die wirtschaftspolitische Sprecherin und stellvertretende Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Bundestag, einen einführenden 40-minütigen Vortrag zum Thema „Profiteure der Euro-Krise zur Kasse bitten". Im Anschluss daran stellten sich Sahra Wagenknecht und der Bundestagskandidat der LINKEN im Wahlkreis 61, Norbert Müller, in einer moderierten Diskussions- und Fragerunde den rund 200 TeilnehmerInnen. „Wir wollten mit dieser Veranstaltung auf die Folgen der Eurokrise aufmerksam machen und aufzeigen, wie insbesondere Studierende in anderen Ländern aber auch in Deutschland von der falschen Politik der letzten Jahre betroffen sind. Bildungskürzungen und Eurokrise gehören zusammen", erklärte Sebastian Walter von DIE LINKE.SDS Potsdam.



SPENDENAUFRUF

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freunde,

in den nächsten Jahren stehen wir nicht nur vor den normalen tagespolitischen, sondern auch vor strategischen Herausforderungen, wenn man Wahlen so nennen darf: die Bundestagswahl im September 2013, die Kommunal- und Europawahlen im Juni 2014 und die Landtagswahlen Ende 2014. Insgesamt stehen vier Wahlen an, denen sich unsere Partei insgesamt und somit auch wir Potsdamer Linke stellen müssen und auch werden.

LINKS wirkt! Dies begegnet uns in der realen Politik. Preiswerter Wohnraum, Jugendkultur und Klimaschutz sind nun auch bei den anderen Parteien keine Fremdwörter mehr. Sie sind gesellschaftlicher Alltag.

Neben dem hohen persönlichen Einsatz, den wir von unseren Mitgliedern abverlangen, benötigen wir finanzielle Mittel über den normalen Parteihaushalt hinaus. Deshalb bitten wir alle Mitglieder, Sympathisantinnen und Sympathisanten unsere Partei zu unterstützen sowie über die eigene Spende hinaus auch das Gespräch mit Freunden zur finanziellen Unterstützung unserer Partei zu suchen.

Vielen Dank für Ihre Unterstützung.

Spenden unter dem Kennwort: Bundestagswahl 2013
DIE LINKE.Potsdam
Kontonummer: 1000943786
MBS Potsdam
Bankleitzahl: 160 50000

„Das Schwert schärfen“

Juli 1913

In einer „Ordre“ schreibt am 1. Juli 1913 Wilhelm II. an Generalleutnant Erich v. Falkenhayn (Kriegsminister): „Des Vaterlandes geographische Lage inmitten der unser Aufblühen neidenden Mächte fordern (sic!) gebieterisch die weitere Mehrung unserer Kräfte, und trotz der jüngst bewilligten Heeresvorlage reichen auch jetzt unsere Machtmittel nicht aus, um nach mehreren Richtungen das Schwert zu entscheidendem Schlage zu führen. Unter allen Umständen müssen wir aber unseren voraussichtlichen Gegnern ebenbürtig bleiben. Die gewaltigen Anstrengungen unserer nächsten Nachbarn erfordern die Aufstellung neuer Armeekorps. Diese zu schaffen, wird nun die wichtigste und mühevollste Aufgabe Ihrer neuen Stellung bilden.“

In Spanien gefallen

Juli 1938

Walter Junker erlag am 28. Juli 1938 seiner schweren Verwundung, die er im Gefecht an der Ebro-Front erlitten hatte (geb. 27. November 1910). In Corbera, einer kleinen spanischen Stadt westlich des Ebro, fand er seine letzte Ruhe.

In Berlin aufgewachsen und den Weg zur kommunistischen Bewegung gefunden, wurde er 1932 Politischer Leiter der KPD-Ortsgruppe Nowawes. Besonderes Augenmerk richtete Walter Junker auf die Zusammenarbeit mit all den Kräften, die gegen den aufstrebenden Faschismus eintraten. Nach der Machtergatterung der Nationalsozialisten verhaftet, wurde er bald entlassen und emigrierte in die CSR. Als in Spanien die Demokratie zu sterben drohte, folgte Walter Junker dem Ruf zum Kampf.

Kommunalpolitiker und Antifaschist

Juli 1943

Seit 1945 trägt eine Potsdamer Straße seinen Namen: Hermann Elflein, der am 08. Februar 1892 in Thüringen geboren wurde. Seit 1922 lebte er in Potsdam, Mittelstraße 34.

Der gelernte Lithograph war kein ‚Revoluzzer', der mit wehender Fahne das Stadtschloss einnehmen wollte, nein, er war ein besonnener Mann, der die ‚Nöte des kleinen Mannes' kannte und sie zu lindern trachtete, der aber auch die Gefahr für den ‚kleinen Mann' wie sie in Gestalt des Faschismus immer mehr erstarkte, sah. 1924 nahm die KPD erstmals an Kommunalwahlen in Potsdam teil. Drei Mandate erhielt sie für die Stadtverordnetenversammlung. Eines davon nahm Hermann Elflein an – die beiden anderen gingen an Adolf Hausmann und Albert Heese. Auch in den Provinziallandtag Brandenburg wurde er 1925 gewählt.

Seiner Initiative und argumentativen Überzeugungskraft war es zu danken, dass die Kriegsinvaliden ab 1925 die Straßenbahn kostenlos benutzen durften. Auch die Mitarbeiter der städtischen Betriebe profitierten von seinem sozialen Engagement. Im Dezember 1928 erhielten sie erstmals Weihnachtsgeld in Höhe eines Wochenlohnes.

Als am 30. Januar 1933 Hitler Reichskanzler wurde, waren auch Elfleins Tage als Abgeordneter der KPD gezählt. „Schutzhaft“ hieß die Umschreibung für die Einkerkerung in das Konzentrationslager Oranienburg. Neun lange Monate musste er dort verbleiben – unter qualvoll-unmenschlichen Bedingungen. Nach seiner Freilassung setzte Hermann Elflein seine Tätigkeit gegen den Faschismus fort. U.a. fertigte er in der Anglerkolonie am Schlänitzsee mit Freunden Flugblätter an. Unter Polizeiaufsicht stehend, wurde seine illegale Tätigkeit schließlich entdeckt und Hermann Elflein im Februar 1936 erneut verhaftet. Zu 5 Jahren Zuchthaus wurde er verurteilt. Doch kein Zuchthaus nahm ihn auf, sondern das Konzentrationslager Sachsenhausen. Dort kam der Kommunist, der ehemalige Potsdamer Stadtverordnete und Antifaschist Hermann Elflein am 22. Juli 1943 um's Leben.

„Viel wieder gut zu machen...“

Juli 1953

Die „Märkische Volksstimme“ berichtet am 1. Juli von einer FDJ-Aktivtagung der Stadt Potsdam. Jugendfreund Krenzler vom Reichsbahnausbesserungswerk Potsdam erklärt: „Gerade der 17. Juni hat uns Funktionären gezeigt, daß wir bisher oft über berechtigte Forderungen der Jugend hinweggesehen haben. Wir haben viel wieder gut zu machen. Es gibt aber auch Jugendliche, die gerade in diesen Tagen um Aufnahme in die FDJ baten oder Jugendfreunde, die jetzt der Partei beitreten wollen.“ Der junge Schriftsteller Bernhard Seeger wird zu den IV. Weltfestspielen der Jugend und Studenten delegiert.

Gedenkstätte für Thälmann

Juli 1958

Am 2. Juli veröffentlicht die „MV“ einen Aufruf der Bezirksleitung Potsdam der SED, des Bezirksvorstand Potsdam des FDGB, des Bezirksausschusses Potsdam der Nationalen Front und der Bezirksleitung Potsdam der FDJ zum Bau der Thälmann-Gedenkstätte in Ziegenhals. Hier heißt es u.a.: „Am 7. Februar 1933 sprach in Ziegenhals im Kreis Königs Wusterhausen der große Arbeiterführer und deutsche Patriot Ernst Thälmann zum letzten Mal in einer illegalen Tagung zu den Mitgliedern des ZK der KPD. Das Kuratorium der Ernst-Thälmann-Gedenkstätte Ziegenhals hat sich die Aufgabe gestellt, gemeinsam mit der Bevölkerung unseres Bezirkes diese bedeutende Gedenkstätte in einen würdigen Zustand zubringen ... Helft alle mit, um unserem unvergessenen Ernst Thälmann im Bezirk Potsdam eine würdige Gedenkstätte zu errichten!“





Linksfraktion verhindert Parkeintritt

Potsdam ist ganz knapp an der Einführung eines Eintrittsgelds für den Park Sanssouci vorbeigeschrammt. Mit ihrer plötzlichen Abkehr von der Einführung einer Tourismusabgabe haben die SPD-Fraktion, insbesondere ihr Vorsitzender, ihren Oberbürgermeister und die Stadt im Regen stehen lassen. Es war nicht das erste abenteuerliche Manöver, das von der Unberechenbarkeit der Potsdamer SPD zeugt. Damit fehlen der Stadt 2 Millionen Euro

Einnahmen, die die 1 Million an die Schlösserstiftung ausgleichen sollen. Aber nur durch diesen finanziellen Zuschuss der Stadt kann, so der Stiftungsrat, die Einführung eines Parkeintritts noch verhindert werden. In dieser vertrackten Situation versuchten der Potsdamer SPD-Chef und der Oberbürgermeister, gesichtswahrend Zeit zu schinden. Erst im Herbst dieses Jahres sollte über die Tourismusabgabe oder, wie es die SPD jetzt auf einmal will, über eine Bettensteuer entschieden und erst danach gezahlt werden. Das war von vornherein zum Scheitern verurteilt. Deshalb forderten die Linken einen verbindlichen Beschluss zur Zahlung von bis zu 1 Million Euro pro Jahr für die nächsten fünf Jahre. Dieses Geld soll für die Gartenpflege in den Potsdamer Parks, möglichst im Park Sanssouci, eingesetzt werden. Im Gegenzug beansprucht die Stadt einen Sitz mit beratender Stimme im Stiftungsrat , mindestens aber eine jährliche Rechenschaftslegung der Stiftung vor den Stadtverordneten. Der Oberbürgermeister und die Stadtverordnetenversammlung sind letztlich diesen Forderungen der Linksfraktion gefolgt. Nach den Gesprächen mit der Schlösserstiftung legte der Oberbürgermeister dem Hauptausschuss den abgestimmten Entwurf der Vereinbarung mit der Stiftung vor. Da die inhaltlichen Vorgaben der Stadtverordneten in der Vereinbarung umgesetzt sind, stimmte der Hauptausschuss zu. So konnte durch die klare Positionierung und den Druck der Linken der Parkeintritt verhindert werden.

Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg, Fraktionsvorsitzender

Eine Diagnostiktochter beim Klinikum

Mehrheitlich stimmte die Stadtverordnetenversammlung dem Vorschlag des Oberbürgermeisters zu, beim Klinikum die mittlerweile 5. Tochtergesellschaft zu gründen. In ihr, der Diagnostik GmbH, werden die bestehenden Abteilungen des Zentrallabors des Klinikums, des Labors der Poliklinik und der Pathologie des Klinikums (insgesamt 91 Beschäftigte) zusammengeführt und sollen deren Kompetenzen gebündelt werden. In einem Ergänzungsantrag machte die Fraktion DIE LINKE darauf aufmerksam, dass die Interessen der Beschäftigten im Gründungsbeschluss wiederum keine Berücksichtigung finden. Ziel der Änderung war es, die Geschäftsführung des Klinikums zu beauftragen, für die Beschäftigten des Klinikums und der Poliklinik, die durch Betriebsübergang in die Diagnostik GmbH übergeleitet werden sollen, einen Überleitungstarifvertrag für den Wechsel in die neue Gesellschaft zu verhandeln. Dieser sollte sicherstellen, dass für die Arbeitsverhältnisse der überzuleitenden Beschäftigten zur Wahrung des Besitzstandes die im Klinikum „Ernst von Bergmann“ geltenden Tarifverträge bzw. die sonstigen Vorschriften hinsichtlich der materiellen Arbeitsbedingungen weiter gelten, bis für die Diagnostik GmbH ein eigener Tarifvertrag vereinbart wurde und zur Anwendung kommt. Vorab hatten wir diesen ergänzenden Text mit der Gewerkschaft ver.di und dem Betriebsrat des Klinikums abgestimmt. Leider ohne den gewünschten Erfolg beim Oberbürgermeister und seinen Kooperationspartnern. Die vor der Abstimmung liegenden Bemühungen unsererseits, die Drucksache vor Beschluss im Haupt- und Sozialausschuss unter fachlichen Aspekten und ohne Zeitdruck zu diskutieren wurden ebenso, wie unser Ergänzungsantrag abgelehnt. Noch Anfang Juli werden wir beim Betriebsrat nachfragen, ob die vom OB zugesicherten Gespräche hinsichtlich eines Überleitungstarifvertrages wirklich begonnen und im Interesse der Beschäftigten geführt werden.

Jana Schulze, sozialpol. Sprecherin

Schulplatz – dringend gesucht!

Potsdam wächst und wächst – und die Schulen insbesondere im Bornstedter Feld platzen aus allen Nähten. Die im vergangenen Schuljahr gerade neueröffnete Grundschule an der Pappelallee musste jetzt schon vier Klassen aufnehmen statt der eigentlich vorgesehenen drei - ebenso die benachbarte Karl-Förster-Schule. Damit droht schon im darauffolgenden Schuljahr 2014/15 eine Wiederholung der gerade erst demontierten Containerlösung. Und im Bornstedter Feld wird noch immer fleißig gebaut. Nicht hinnehmbar ist dieser Zustand für Eltern, Kinder und Lehrkräfte. Einmal mehr zeigen sich hier gravierende Fehlplanungen in der Infrastruktur für Potsdams dynamischsten Stadtteil.

Die LINKE hat deshalb nach Bekanntwerden der neuen Zahlen in einem Antrag in der letzten SVV gefordert, schnellstmöglich nachzusteuern. Die Verwaltung soll prüfen, wie hier Abhilfe geschaffen werden kann und vor allem, inwieweit der Entwicklungsträger verpflichtet werden kann, weitere Flächen und Investitionsmittel zur Verfügung zu stellen - für die Bewältigung einer Entwicklung, von der er und damit auch die Landeshauptstadt ja erheblich profitiert. Der Antrag wurde von der SVV mit großer Mehrheit beschlossen. Im Gesamtkontext der Potsdamer Bevölkerungsentwicklung ist dieser Schulbau allerdings auch nur ein kleiner Baustein. Die im Herbst fortzuschreibende Schulentwicklungsplanung geht von einem Bedarf von ca. 3 zusätzlichen Grund- und 2 weiterführenden Schulen aus. Bei Investitionssummen von ca. 20 Mio g für die Grund- und ca. 26 Mio g für die weiterführende Schule im Bornstedter Feld wird deutlich, welche gewaltigen Aufgaben hier auf die Stadt zukommen.

Stefan Wollenberg, bildungspol. Sprecher DIE LINKE

Keine Unsicherheiten bei der „Weißen Flotte“

Mit seinen Äußerungen zum Standort für den Neubau der „Weißen Flotte“ macht Oberbürgermeister Jakobs die Diskussion um diese lange umstrittene Frage neu auf. Da es offensichtlich unsicher ist, wie ein Urheberrechtsstreit um die Gestaltung des Lustgartens ausgehen würde, spricht sich die Linksfraktion dafür aus, den mühsam gefundenen Kompromiss nicht leichtfertig aufzugeben. Der mit Zweidrittelmehrheit gefasste Beschluss für einen Neubau am Neptunbecken darf nur durch eine klare Beschlussfassung für einen anderen Standort abgelöst werden. Unter Betrachtung aller Umstände der Diskussion der vergangenen Monate bietet es sich an, den ursprünglich vorgesehenen Standort am Fuß des „Mercure“ wieder aufzugreifen. Bereits vorhandene Vorarbeiten würden es ermöglichen, das Bauvorhaben der Weißen Flotte zeitnah zu realisieren.

LINKE gegen Kontogebühren

Nachdem bekannt geworden ist, dass die Mittelbrandenburgische Sparkasse (MBS) ab Juli 2013 Kontogebühren für kleine Konten bis 1200 Euro einführen will, hat die Linksfraktion mit einem Antrag an die Stadtverordnetenversammlung die städtischen Mitglieder des Verwaltungsrats der MBS aufgefordert, sich gegen diese fragwürdige Neuerung zu wenden, da davon insbesondere Niedrigverdiener betroffen wären. Der Oberbürgermeister, der selbst im Verwaltungsrat sitzt, hat diesen Auftrag ausdrücklich angenommen, die Stadtverordneten haben mit großer Mehrheit zugestimmt.

Restmittel aus Bildungs- und Teilhabepaket kontrollieren

Über 800.000 Euro aus dem Bildungs- und Teilhabepaket des Bundes sind noch im Haushalt der Stadt geparkt, da sie 2012 nicht ausgegeben worden sind. Obwohl aus Sicht der Landesregierung und auch aus Sicht vieler anderer Kommunen davon auszugehen ist, dass diese Mittel nicht vom Bund zurück gefordert werden können, richtet sich die Stadtverwaltung auf eine Rückgabe dieser Mittel ein. Um zu verhindern, dass diese Mittel unerkannt im Haushalt verschwinden, will die Linksfraktion, dass die Stadtverordneten letztlich über den Umgang mit diesem Geld entscheiden und vorher regelmäßig über den Stand informiert werden.

Eine neue Kita „Baumhaus“ wird eröffnet

Die Arbeiten liegen in den letzten Zügen. Noch in diesem Jahr, vielleicht schaffen wir es noch zum neuen Kita-Jahr, wird die grüne Kita an der Straße zum Kirchsteigfeld hinter Schellack eröffnet werden. Mit ihrem grünen Profil ist sie am Standort eine große Bereicherung. Schon seit 2005 gestaltet der Träger im Kirchsteigfeld naturpädagogische Angebote für Kinder der 1. bis 6. Klasse, 2006 entwickelte er daraus den „Waldhort“ im Hort „Feldmäuse“. Kern des Konzepts ist, dass eine feste, altersgemischte Gruppe jeden Nachmittag ca. 2,5 bis 3 Stunden aktiv in der freien Natur verbringt. An verschiedenen Plätzen können sich die Kinder, begleitet durch zwei Naturpädagogen, selbständig Erfahrungsräume wie Wald, Wiese, Bach oder Teich erschließen oder spielerisch vermittelte Angebote aus allen elementaren Bildungsbereichen wahrnehmen. Das Konzept ist in Brandenburg bisher einzigartig

In über vier Jahren Praxis wuchs, nicht zuletzt auf Anregung von Kindern und Eltern, die Idee, dem Waldhort ein eigenes zu Hause zu geben und ihn durch eine Kindertagesstätte mit naturpädagogischem Profil zu ergänzen. Durch den Erwerb eines Grundstücks in Drewitz, Sternstraße 63, schuf der Träger Independent Living Potsdam die Voraussetzung, um diesen Traum zu verwirklichen.

Ein zweistöckiger Neubau von 1600 qm wurde speziell für die Ansprüche der naturpädagogischen Arbeit und nach Kriterien der Nachhaltigkeit geplant und soll bis Ende Juli 2013 fertig gestellt werden.

Das „Baumhaus“ wird eine Einrichtung für 115 Kinder, die auf dem Waldhort-Konzept basiert, und die darüber hinaus nach dem Vorbild der Waldkindergärten auch Kindern ab 3 Jahren tägliche Aufenthalte in der freien Natur ermöglicht. Das natürlich gestaltete Außengelände bildet eine wichtige Ergänzung z.B. zum Bauen, Gärtnern und Experimentieren. 2012 erhielt Independent Living für das Angebot „Waldhort“ und für das Projekt „Baumhaus“ die Auszeichnung „Idee für die Bildungsrepublik“ des Bildungsministeriums.

Wir freuen uns schon heute auf die Einladung zur Eröffnung dieser einzigartigen Kita in unserem Wahlkreis.

Jana Schulze
Stadtverordnete

Kindertag am Stern – danke für fröhliche Stunden

„Mutti, zieh Dir doch endlich die Schuhe an, die Musik spielt schon.“, so der kleine Benjamin am Nachmittag des 31. Mai 2013. Eingeladen hatte der Landtagsabgeordnete Dr. Scharfenberg und zahlreiche Partner aus dem Lokalen Bündnis für Familien Stern_Drewitz zum bereits 8. Kinderfest Am Stern vor das Bürgerhaus „SternZeichen“.

Als Benjamin und seine Mutti das Fest – für Benjamin viel zu spät – erreichen, duftet es nach frisch gebackenem Kuchen, auf dem Grill lagen die von Dr. Scharfenberg selbst gegrillten Bratwürste, die ersten Stockbrote hingen über der Feuerschale. An den Ständen war reges Bastel- und Spieltreiben, die Hüpfburg wackelte durch viele Kinderfüße auf der Wiese hin und her. Die Eltern und Großeltern konnten es sich bei Kaffee und Kuchen bequem machen. Ihre Kinder immer im Blick und doch konnten sie sich eigenen Themen in Gesprächen mit dem Nachbarn widmen oder Hans-Jürgen Scharfenberg am Grill ihre Fragen zu Problemen im Stadtteil stellen. Die Sonne lachte am Himmel, und dann kam er: Der vom Wetterdienst Potsdam angekündigte Regen mit Wind im Vorgepäck. Aber wer jetzt dachte, dass das Fest mit dem Regen vorbei war, irrt. In rasantem Tempo packten alle mit an und zogen ins Bürgerbüro von Dr. Scharfenberg um, wurden hier weiter bewirtet, die Kinder spielten zwischen den Eltern bzw. ließen sich Kuchen und Saft schmecken. Ans Nachhausegehen dachte kaum jemand. Gegen halb sechs begannen dann die Aufräumarbeiten und eine Stunde später verließen die letzten Akteure müde und zufrieden den Festplatz.





Benjamin saß da schon mit seiner Mutti wieder zu Hause auf dem Balkon und ließ seine selbst gebastelte Windmühle im Wind drehen. „Danke Mutti für den wunderbaren Nachmittag“, um kurz darauf lächelnd auf seinem Stuhl eingeschlafen zu sein.

Jana Schulze



Begegnungszentrum Drewitz mit exklusiven Angeboten

Anfang November 2013 startet das Begegnungszentrum „Oskar“ in der Stadtteilschule. Und damit erhält Drewitz viele neue Angebote und ein Festival.

Was Drewitz – und nur Drewitz – dann noch zu bieten haben wird:

Das Liedermachertreffen Potsdam vereint deutschsprachige LiedermacherInnen, insbesondere aus den Ländern Brandenburg und Berlin. Die dreitägige Veranstaltung verbindet Werkstatt, Nachwuchsförderung, Erfahrungsaustausch und Konzert (mit Publikumspreis). Das Projekt wächst in Kooperation zwischen Soziale Stadt Potsdam e.V., Literatur-Kollegium Brandenburg e.V., Profolk Bundesverband e.V. und anderen.

Sommer des Sports - Drewitzer Kids und die Sportvereine der Stadt lernen einander kennen. Sie spielen miteinander, wetteifern um Weiten, Zeiten und Gewichte. So finden die Kids eine neue Freizeitbeschäftigung und die Vereine Nachwuchs. Wenn Familien die Mitgliedsbeiträge nicht aufbringen können, helfen Paten. Ein Projekt des Vereins Soziale Stadt, der Landeshauptstadt, der ProPotsdam und des Olympiastützpunktes Luftschiffhafen.



Die Schule im neuen Outfit.

Fotos: Soziale Stadt Potsdam e.V:/Redaktion

Fahrschule und Fahrradwerkstatt - in der Werkstatt werden ausrangierte bzw. defekte Fahrräder repariert. „Dreh-witz“ - die Nutzung der recycelten Fahrräder soll die umweltbewusste Mobilität im Kiez erhöhen. Die Fahrschule wird die Bewegungsfähigkeit von Kindern fördern und gemeinsame, familiäre Freizeitaktivitäten anregen. Das Projekt wird gemeinsam mit Way out e.V. realisiert.



Das Projektteam: Katja Schuckert, Günther Hornberger, Kathleen Walter und Oxana Ronis (v.l.n.r.)

Gläsernes Studio von „SchlaatzFM“ - das Kiez-Radio sendet ab Herbst aus dem gläsernen Studio im Foyer der Stadtteilschule. „SchlaatzFM“ bietet auch weiterhin das Neueste aus dem Schlaatz, aus der Welt und aus den Charts, dann aber auch aus Drewitz. Und: Die Kinder der Grundschule senden mit! Ihre Musik, ihre Fragen, ihre Mitarbeit machen das Programm.

PASST – Präventives Schulden- und Insolvenztraining - dieses innovative Angebot reagiert auf den Drehtüreffekt, bei dem sich Menschen nach erfolgreicher Entschuldung erneut verschulden. Entwickelt wird das Projekt in Kooperation mit der AWO Schuldnerberatung, der ProPotsdam und der Wohnungssicherung als Training mit zwölf inhaltlichen Modulen, finanziert durch Mittel der Wohnungssicherung (§ 67).

Mit dem Start des „Oskar“, das montags bis sonntags geöffnet haben wird, schließt der jetzige Projektladen.

Drewitzer Kreisel wird gebaut

Es gab etliche Gespräche über die Verkehrsführungen im Stadtteil Drewitz. Ob und wenn ja wie die Straßenbahnführung auch für den Busverkehr genutzt werden kann. Ob und wenn ja wie die Kreisel groß und grün gebaut werden können. Die gewählte Bürgervertretung in Drewitz hat sich mehrheitlich für die nun im Bau befindliche Variante der beiden Kreisel, auch unter dem Gesichtspunkt der Verkehrssicherheit, ausgesprochen. Bereits im November 2011 gab es dazu eine abschließende Beratung und die Entscheidung für einen im Durchmesser 5 m kleineren Kreisel. Ein Kompromiss zwischen Verwaltung und Bürgervertretung wurde hergestellt.

Das bürgerschaftliche Engagement von 4 Bürgern des Wohngebietes, sich für eine ursprünglich mal gedachte grüne Kreiselvariante, beginnend mit dem Bau des ersten Kreisels Mitte des Jahres 2012 einzusetzen, wurde von uns anfangs begleitet. Wir haben jedoch von Beginn an auf die Fördermittelbindung und die Bauablaufbedingungen hingewiesen. In Rücksprache mit beiden Seiten, Bürgervertretung und Grüne-Kreisel-Aktivisten, haben wir uns bemüht, die Kompromissvariante als derzeit sich in Umsetzung befindliche zu akzeptieren. Auch auf Ebene des zuständigen Fachausschusses Stadtentwicklung und Bauen wurde die Thematik zwei Mal durch die Beteiligten diskutiert. Nur war der Zeitpunkt zu spät. Ich bedauere sehr, dass es zu keinem versöhnlichen und einvernehmlichen gemeinsamen Standpunkt gekommen ist. Auch der Antrag der Fraktion DIE ANDERE, eingebracht und ablehnend votiert, kam zeitlich zu spät. Bedauerlich finde ich, dass Entscheidungen der Stadtverordnetenversammlung mit anonymen und zum Teil falschen Aussagen öffentlich publik gemacht werden. Die Möglichkeit der fairen Auseinandersetzung ist so zumindest vorerst verlassen worden

. *J. Schulze*





REWE-MARKT AM STERN WIEDER FIT
Nach 4wöchiger Schließzeit hat die innen modernisierte REWE-Kaufhalle im Stadtteil Am Stern am 13.6.2013 ihre Türen wieder geöffnet. Nach 9 Jahren war eine Generalüberholung erforderlich. Das neue Ambiente begeistert die Käufer.

„20 Jahre Seniorenarbeit – aktiv, selbstbestimmt, solidarisch“

Brandenburgische Seniorenwoche fand vom 7. bis zum 16. Juni statt

Die schon zur Tradition gewordene Brandenburgische Seniorenwoche fand in diesem Jahr zum 20. Mal statt. Dazu hatten sich der Landesseniorenrat Brandenburg und der Seniorenbeirat der LH Potsdam zusammengefunden und ein umfangreiches Programm vom 7. bis 16. Juni 2013 unter der Schirmherrschaft des Oberbürgermeisters Jann Jakobs vorbereitet. Ihr Motto lautete: „20 Jahre Seniorenarbeit - aktiv, selbstbestimmt, solidarisch“. Ziel der Seniorenwoche ist die Förderung des seniorenpolitischen und bürgerschaftlichen Engagements bei den älteren Bürgern der Stadt. Die Veranstaltungen sollten das Miteinander der Senioren und deren Organisationen mit den gesellschaftlichen Gremien der Stadt fördern, aber auch die Freude an Geselligkeit und Sport.

Am Freitag, 7.6., lief die Potsdamer Eröffnungsveranstaltung im Stern-Center mit Brandenburger Politikern, rund 50 Info-Ständen, Musik und Unterhaltung. Mitwirkend – wie in jedem Jahr – auch die AG Seniorenpolitik der LINKEN. Potsdam unter der Leitung von Prof. Dr. Horst Klett.

Ebenfalls ein Erlebnis war am 11. Juni das „Eröffnungskonzert“ im Nikolaisaal unter dem Motto: „Sommer, Sonne und ein Strauß bunter Melodien“ mit dem Landespolizeiorchester.

Weitere Programmpunkte: Am Donnerstag (13.6.) - Senioren im Dialog: „Ja zum Alter - gesund und sicher Älterwerden“; am Freitag (14.6.) „Heute geht`s an Bord“ – eine Havelseenrundfahrt; am Sonnabend (15.6.) „Seniorenshopping im Kaufhaus Karstadt“ (Berechtigung durch Programmbroschüre) und schließlich am Sonntag (16.6.) das Abschlusskonzert. Es spielte der Handglocken- und Tonstabchor Caputh in der Kirche Sankt Peter und Paul am Bassinplatz.



Sozial-Dezernentin Elona Müller-Preinesberger, Jana Schulze und Dr. Klett vor dem Start im Stern-Center.

Potsdamer Ehrenamtspreis 2013 ausgelobt

Bereits zum siebten Mal schreiben die Landeshauptstadt Potsdam, die Pro Potsdam GmbH und der Verein Soziale Stadt Potsdam den Ehrenamtspreis 2013 aus. Der Preis würdigt die vielfältigen Engagements und Freiwilligentätigkeiten von Potsdamerinnen und Potsdamern, die sich in ihrer Stadt für die Belange Anderer einsetzen und dafür unentgeltlich ihre Zeit und ihre Kraft investieren.

Jeder Potsdamer, jede Potsdamerin kann bis zum 15. Juli 2013 Personen, Projekte, Initiativen, Unternehmen, Vereine, Träger oder Gruppen für die Ehrung vorschlagen oder sich mit eigenen Projekten bewerben. Dazu muss ein ausgefüllter Bewerbungsbogen eingereicht werden. Zum Ehrenamtspreis 2013 werden in den folgenden Kategorien Preise vergeben:

- Ehrenamtspreis zur Förderung des sozialen Zusammenhalts
- Ehrenamtspreis für Generationen verbindende Arbeiten
- Ehrenamtspreis an die Jugend der Stadt
- Ehrenamtspreis für kulturelle Momente
- Ehrenamtspreis in Natur und Wissenschaft
- Ehrenamtspreis für sportliches Engagements
- Ehrenamtspreis für langjähriges Engagement.

Die Ausschreibungsunterlagen zum diesjährigen Ehrenamtspreis sind unter www.ehrenamt-potsdam.de zu finden. Dort kann auch der Bewerbungsbogen heruntergeladen und direkt auf dem heimischen Computer ausgefüllt werden.

Der Bogen kann aber auch in gedruckter Form beim Verein Soziale Stadt Potsdam angefordert werden. Bewerbungen bzw. Vorschläge können bis zum 15. Juli 2013 per Post an Soziale Stadt Potsdam e.V., Projektladen Drewitz, Konrad-Wolf-Allee 27, 14480 Potsdam, per Fax an 0331/2019706 oder per E-Mail an projektladen@soziale-stadt-potsdam.de eingereicht werden. Die feierliche Verleihung der Preise findet am 22. August 2013 in der Potsdamer Friedenskirche statt. Die von einer Jury ausgewählten Projekte und Personen werden mit einer Urkunde geehrt.

Integrationspreis der Landeshauptstadt Potsdam ausgeschrieben

Bereits zum neunten Mal schreibt die Landeshauptstadt Potsdam in diesem Jahr den Integrationspreis aus. Für diesen Preis der Landeshauptstadt Potsdam können sich Potsdamer Träger, Organisationen und Verbände, private Initiativen, Vereine, Einzelpersonen und Bürgerinitiativen, Schulen und Kindergärten u.a. bewerben, die erfolgreich Ideen kommunaler Integrationspolitik entwickelt haben und sie nachhaltig anwenden. „Mit der Auslobung des Integrationspreises verfolgt die Stadt das Ziel, besondere Leistungen auf dem Gebiet der Integration zu würdigen. Gute Beispiele gelungener Integration sollen alle Potsdamerinnen und Potsdamer zur aktiven, unterstützenden Beteiligung im Integrationsprozess in der Landeshauptstadt motivieren“, sagte Oberbürgermeister Jann Jakobs.

Der Integrationspreis wurde 2005 von den Mitgliedern des damaligen Ausländerbeirates initiiert, von den Stadtverordneten unterstützt und beschlossen, und mit einem Preisgeld von insgesamt 1000 Euro ausgestattet. Die feierliche Übergabe des diesjährigen Integrationspreises findet am 15. September im Rahmen einer Festveranstaltung zur Eröffnung der „Potsdamer Interkulturellen Woche 2013“ in der Reithalle A des Hans-Otto-Theaters statt.

Die Themen in den Bewerbungen können vielfältig sein, wie zum Beispiel: Sportprojekte interkultureller Gruppen, Begegnungen von Potsdamerinnen und Potsdamern mit und ohne Migrationshintergrund, Patenschaftprojekte, Kulturprojekte von Einzelpersonen oder Gruppen, soziale Projekte, künstlerische Arbeiten usw. Das Bewerbungsverfahren endet am 9. August. Die Bewerbungsunterlagen sind zu erhalten und abzugeben beim: Migrantenbeirat der Landeshauptstadt Potsdam Friedrich-Ebert-Str. 79-81, Haus 6 14469 Potsdam.

Fortuna Babelsberg – der Verein vom Stern

Fortuna 05 und Jugendkraft 03, 1919 zur Nowawes 03 vereinigt, Concordia 06, später Eintracht 06 und PSU 04 hießen die Vereine, die den Babelsberger bzw. Potsdamer Fußball in der Vorkriegszeit bestimmten. Nach dem Krieg wurde aus den „Überbleibseln“ dieser Vereine 1946 die SG Babelsberg gegründet, die sich 1949 in BSG Märkische Volksstimme und ein Jahr später in BSG Rotation Babelsberg umbenannte. Damit begann die erfolgreichste Fußballzeit in Babelsberg. Die größten Erfolge hatten die Babelsberger in ihrer Anfangszeit. 1949 wurde man Landesmeister von Brandenburg. Von 1949 bis 1958 spielten die Babelsberger unter dem Namen „Rotation“ in der DDR-Oberliga und erreichten 1953/54 sogar einen 5. Platz. An 3 Bestmarken, die heute noch Bestand haben, waren die Rotationer zu Oberligazeiten beteiligt. Mit der 2:12-Niederlage gegen Dresden-Friedrichstadt war man am torreichsten DDR-Oberligaspiel beteiligt. In der Saison 1950/51 erzielte Rotation mit 95 Toren die meisten, die je zu Oberligazeiten in einer Saison erzielt wurden und stellte im gleichen Jahr mit Hans Schöne (38 Tore in 31 Spielen) den erfolgreichsten Torschützenkönig aller DDR-Oberligazeiten. Erfolgreich waren auch die Nachwuchsmannschaften von Rotation. So holte die Jugendmannschaft 1955 den FDGB-Pokal, die Junioren wurden 1956 DDR-Landesmeister. 1961 kam es zu einer Zwangsverkleinerung der BSG Rotation, da der Großteil der Spieler der 1. Männermannschaft zum Leistungszentrum SC Potsdam „delegiert“ wurde. Der SC Potsdam durfte auch den Platz in der 1. DDR-Liga anstelle von Rotation einnehmen. Die Rotationer nahmen den Platz in der 2. DDR-Liga ein, den bisher ihre 2. Mannschaft inne hatte. Nachdem der SC Potsdam sich nach 5 Jahren wieder auflöste, schloss sich ein Teil der Spieler der geförderten und finanzkräftigen BSG Motor (früher BSG Karl Marx) an, die auch, wieder auf Beschluss „von oben“ den Platz in der 1. DDR-Liga übernehmen durfte. 1969 erfolgte dann durch den Trägerbetriebwechsel die Umbenennung in BSG DEFA Babelsberg. Nach ständigen Auf- und Abstiegen zwischen Bezirksliga und Bezirksklasse folgte 1984 sogar der Abstieg in die Kreisklasse. Nach dem erneut „angeordneten“ Umzug vom Karl-Liebknecht-Stadion auf das Sportgelände im Neubau-Wohngebiet „Am Stern“ im Jahr 1986, ging es sportlich wieder aufwärts. Bereits in der Saison 1986/87 stieg man wieder in die Bezirksklasse auf. Mit der Wende sagte sich die Fußballabteilung von der BSG DEFA los und spielte nun als reiner Fußballverein sportlich erfolgreich unter dem neuen Namen Fortuna Babelsberg. 1992 gelang der Aufstieg in die Landesliga, zwei Jahre später sogar der, in Brandenburgs höchste Spielklasse, die Verbandsliga. Nachdem man sich mit äußerst geringen finanziellen Mitteln fünf Jahre lang in dieser Klasse halten konnte, stieg die 1. Männermannschaft von Fortuna 1999 wieder in die Landesliga ab, in der sie, ebenso wie im Babelsberger Fußball, bis zum heutigen Tag eine bedeutende Rolle spielt. Rund 360 Mitglieder zählt der Verein, die sich regelmäßig in den 3 Männer-, 3 Senioren-, einer Volkssport- und 11 Nachwuchsmannschaften sowie einer D-Juniorinnenmannschaft am Spiel- und Trainingsbetrieb beteiligen.



Mehr ÖPNV! Und zwar jetzt! Ab in die Spur!

Selbst wer erst seit kurzem in unserer Stadt lebt, bemerkt ihren Wandel – manchmal von einem Tag auf den anderen. Für Jedermann ist sichtbar, dass Potsdam wächst. Jedoch: Diese Stadt verkraftet weiteres Wachstum nur, wenn das ÖPNV-Netz mit wächst!

Deshalb ist schon jetzt, also auch ohne alle eintretenden Wachstumsprognosen, eine massive Erhöhung der städtischen Mittel für den ÖPNV dringend geboten. Die Straßenbahnen und Busse in Potsdam erfreuen sich steigender Fahrgastzahlen und stoßen auf einigen Abschnitten an ihre Kapazitätsgrenzen. Dazu kommt, dass die Reserve an Straßenbahnwagen schon jetzt derart gering ist, dass auch kleinste Werkstattaufenthalte nach Unfällen zu Ausfällen oder Bedienung mit zu kurzen Fahrzeugen führen. Die Potsdamer Verkehrsbetriebe können jedoch nur Takte verdichten, entsprechende Mehrleistungen fahren und ausreichend Fahrzeuge kaufen, wenn dies durch die Stadt gegenfinanziert wird.

Gerade in Zeiten schweren Wirtschaftens ist das Bereitstellen von Geldern für den ÖPNV im Sinne nachhaltiger Stadtentwicklung umso wichtiger! Denn die ÖPNV-Linien, insbesondere die Straßenbahnlinien, sind nicht nur die Lebensadern unserer Stadt, sondern bilden den Grundstein attraktiver, nachhaltiger, umwelt- und stadtbildverträglicher Mobilität.

Ein Ausbau des Straßenbahnnetzes könnte hierbei nicht nur die Stellung des ÖPNV als solchen verbessern, sondern wäre per se ein effektives Mittel der Stadtentwicklung. Es ist kein Geheimnis mehr, dass Straßenbahnen mit ihrer permanent sichtbaren Infrastruktur im Gegensatz zu Bussen helfen, Autofahrer für den ÖPNV zu gewinnen. Die Praxis zeigt, dass nach der Einführung von Straßenbahnen der Autoverkehr um 30 % abnimmt. Dieser braucht dann wiederum weniger Straßen, weniger Parkplätze und erzeugt weniger Emissionen. Ferner, neben den positiven Effekten auf die Verkehrssicherheit, führt jedes Auto weniger ein Stück dazu, dass die Stadt wieder Lebensraum und nicht Verkehrsraum ist. Wo 200 Menschen bewegt werden, kann dies mit 180 Autos oder einer Straßenbahn geschehen.

Abgesehen vom wirtschaftlichen und ökologischen Nutzen, erfüllt ein attraktiver ÖPNV auch andere, monetär schwer erfassbare Aufgaben. Als Teil der Daseinsvorsorge ermöglicht er nicht nur zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Er hilft sogar nachweislich, die räumlichen sozialen Trennungen einer Stadt abzumildern - ein Aspekt der in Potsdam zunehmend an Brisanz gewinnt. Dies bedeutet den schleunigen Ausbau der Straßenbahn und, wo die Nachfrage nicht ausreichend ist, die Wiedereinführung des Obusses. Beide Verkehrsmittel ermöglichen die viel beschworene Elektromobilität übrigens schon seit über 100 Jahren – mit einer Effizienz, die durch Elektroautos unerreichbar ist. Die Zukunft des Potsdamer Verkehrs sollte jetzt beginnen!

Benjamin Karl

(Der Autor ist Ingenieur für Planung und Betrieb im Verkehrswesen und engagiert sich seit über 10 Jahren ehrenamtlich für die Belange des Potsdamer Nahverkehrs.)

Bewegung in der Bildungspolitik?

Zuständigkeiten, Ebenen und ein (viel zu) langer Weg/Von Tina Lange, OV DIE LINKE. Potsdam-West

Am 23. Mai veranstaltete der Ortsverband DIE LINKE. Potsdam-West eine Podiumsdiskussion mit etwa 40 TeilnehmerInnen. Auf dem Podium saß u. a. Gerrit Große, für DIE LINKE im Brandenburger Landtag. Sie trat dafür ein, dass Lernen Freude machen sollte und wieder mehr Ruhe im Bildungssystem einkehren müsse. Wichtiges Thema war die in Brandenburg vorangetriebene Inklusion, ein linkes Projekt. Aber „wir müssen den Eltern die Angst nehmen, dass ihre Kinder im inklusiven System untergehen werden." Auf dem Podium saß auch Norbert Müller, Bundestagsdirektkandidat der LINKEN. Er setzte sich dafür ein, den „Irrsinn Abitur in 12 Jahren" abzuschaffen und „Kindern wieder Zeit [zu] geben." Problematisch sei auch die oft marode Ausstattung von Schulgebäuden.



Das Podium: v.l.n.r.: Wolfgang Seelbach, Gerrit Große, Stefan Wollenberg, Ronny Besançon (Moderator und OV-Vorsitzender) und Norbert Müller

Der Potsdamer Stadtverordnete Stefan Wollenberg (DIE LINKE.) sah als großen Verdienst den erfolgreichen Ausbau der Potsdamer Gesamtschulen, auch durch den Druck der Eltern. Wolfgang Seelbach vom Landeselternrat forderte die für Inklusion notwendige Ausbildung und Ressourcen. Wenn die Bedingungen stimmen, seien 75% der Eltern für gemeinsamen Unterricht: „Die Eltern erwarten (jedoch), dass die Politik die Probleme löst – einigt euch."

Das Publikum fragte u.a., wie man in Potsdam-West die Überfüllung der Hauptmann-Grundschule in den Griff bekommt. Stefan legte dafür die Pläne des 6-zügigen Ausbaus der Zeppelin-Grundschule dar. Auch die Frage nach einer Gesamtschule wurde gestellt - ein bisher ungelöstes Problem, da es kein passendes Gebäude in Potsdam-West gibt. In der Frage der Haltung zu Noten waren sich die Podiumsgäste einig: Sie sind ungerecht, üben Druck aus und gehören daher durch Kompetenzmodelle ersetzt.

Spannend war, dass auf gegenseitige Abhängigkeiten eingegangen werden konnte: Der Bund, der das Geld hätte, wegen des Kooperationsverbots aber nicht helfen darf. Brandenburg könnte noch viel mutiger beim Aufbau von Gemeinschaftsschulen sein und muss die personellen Ressourcen im Hinblick auf die Überalterung in den Griff bekommen, ohne dass die Qualität von Schule darunter leidet. Die Kommunen brauchen dringend mehr Geld für die Gebäudeausstattung. Über eines jedoch waren sich alle einig: Schulen brauchen mehr Autonomie und Entscheidungsfreiräume, um Demokratie und Partizipation leben zu können.

Delegiertenprinzip oder Vollversammlung

Im Kreisvorstand wird über die Möglichkeit, dass Delegiertenprinzip auf Kreisparteitagen durch das Prinzip der Mitgliedervollversammlung abzulösen, seit ca. zwei Jahren diskutiert. Hierbei haben sich bisher Punkte FÜR und GEGEN die Entscheidung herauskristallisiert, die wir hier vorstellen wollen. Wir wollen damit in eine Diskussion mit allen GenossInnen einsteigen.

Pro Mitgliedervollversammlung

1. Die Mitgliedervollversammlung ermöglicht jedem Mitglied eine umfassende Mitsprache an Beschlüssen des Kreisverbandes. Stimmen werden nicht mehr delegiert, sondern es gilt das Prinzip „ein Mitglied, eine Stimme".

2. Eine solche Teilhabemöglichkeit macht DIE LINKE attraktiver für die Menschen, die an Partizipation interessiert sind. Sie erleichtert den Einstieg in die Partei und in die Diskussionen innerhalb des Kreisverbandes. Dadurch wird DIE LINKE in Potsdam zu einer echten Mitmachpartei.

3. Die Beteiligung an grundlegenden Beschlüssen im Kreisverband aller Mitglieder kann einen aktivierenden Effekt haben. Möglicher Weise fühlen sich dadurch wieder mehr Mitglieder animiert, aktiv im Kreisverband mitzureden und diesen mit zu gestalten.

4. Jedes Mitglied hätte nicht nur, wie bisher, Rederecht auf dem Kreisparteitag, sondern auch Antragsrechte und nicht zuletzt eine beschließende Stimme. Dies befördert, dass der Kreisverband Potsdam dem Anspruch der Partei DIE LINKE nach breiter demokratischer Beteiligung viel näher kommen würde, als dies bisher der Fall ist.

5. Die Möglichkeit der aktiven Entscheidungsbeteiligung kann die Identifikation mit dem Kreisverband Potsdam stärken.

6. Eventuelle gegenseitige Blockaden von mitsprachewilligen Genossinnen und Genossen wären aufgehoben. Verantwortungsgefühl für Mitsprache kann gestärkt werden.

7. In den letzten Jahren wurde es zunehmend schwierig, die satzungsgemäße Quote bei der Delegation auf den Kreisparteitag zu erfüllen. Durch das Prinzip der Mitgliedervollversammlung wäre das Einhalten einer Quote nicht mehr notwendig.

Contra Mitgliedervollversammlung

1. Eine Mitgliedervollversammlung ist mit einem erhöhten organisatorischen Aufwand verbunden. Vor allem müsste sichergestellt werden, dass jedes Mitglied rechtzeitig und schriftlich die Einladung zur MVV erhält. Es kann mit einem erhöhten Antragsaufkommen gerechnet werden, was besondere Anforderungen an eine Antragskommission stellen kann. Nicht zuletzt müssen Säle für die MVV gefunden werden, die über ausreichend Sitz- und möglichst auch Arbeitsplätze verfügen. Um eine breite Beteiligung sicher zu stellen, müssten dringend Zusatzangebote, wie Kinderbetreuung geschaffen werden.

2. Das Delegiertenprinzip stellte bisher immer relativ sicher, dass die Delegierten zuverlässig auch zum Kreisparteitag erschienen sind, da mit der Delegierung durch den Ortsverband Verantwortung und Interessenvertretung der Mitglieder des delegierenden Ortsverbandes verbunden war.

Dieses Verantwortungsgefühl könnte durch eine Gesamtmitgliederversammlung nicht mehr ausgelöst werden. Es könnte gar der Effekt geringerer Beteiligung, als bisher entstehen.

3. In der Vergangenheit stellte die Delegierung auf den Kreisparteitag eine Auszeichnung für viele Genossinnen und Genossen dar. Diese Form der Anerkennung würde durch eine Mitgliedervollversammlung wegfallen.

Sascha Krämer, Kreisvorsitzender

Chemiewaffenpropaganda:

Obama überschreitet rote Linie

„Die USA tun es wieder. 2003 wurde der Irak-Krieg mit einer Biowaffenlüge begonnen. Jetzt konstruiert Obama sich seinen Kriegsgrund für Syrien. Die Beweislage ist ganz, ganz dünn. Vor allem gibt es keinen Beweis dafür, dass ein möglicher Einsatz von Chemiewaffen von Assads Seite durchgeführt wurde", kommentiert Jan van Aken, stellvertretender Vorsitzender der LINKEN und außenpolitischer Sprecher der Linksfraktion im Bundestag die jüngsten Aussagen der US-Regierung, dass Assad Chemiewaffen in Syrien eingesetzt habe.

Van Aken weiter: „Selbst wenn tatsächlich Giftgas in Syrien eingesetzt wurde, bleibt völlig offen, wer es eingesetzt hat. Die Behauptung, nur Assad kontrolliere diese Waffen, ist sehr weit hergeholt. Seit der Warnung Obamas von der „roten Linie" müssen wir doch damit rechnen, dass Rebellen alles daran setzen, einen Chemiewaffenangriff vorzutäuschen oder gar selbst auszulösen, um damit einen Kriegseintritt der USA zu provozieren. Deshalb ist es richtig, dass die Syrien-Kommission der UNO immer darauf hinweist, dass es nicht möglich sei, die Täter festzustellen. Es spricht einiges dagegen, dass die Chemiewaffen – so sie denn tatsächlich zum Einsatz gekommen sind – von Assads Regierungstruppen eingesetzt wurden. Militärisch macht der Einsatz von kleinsten Mengen Giftgas punktuell an einem Ort überhaupt gar keinen Sinn. Einzelne Giftgranaten bringen taktisch in einem Gefecht kaum messbare Vorteile, während sie strategisch mit dem großen Risiko behaftet ist, dass die USA militärisch angreifen. Ein Einsatz einzelner Chemiegranaten durch die Assad-Truppen wäre deshalb im höchsten Maße irrational."

Heidesiedlung soll bezahlbar bleiben

„Der Ortsverband Babelsberg/Zentrum-Ost der LINKEN begrüßt die Entscheidung der Stadt, die Heidesiedlung in Babelsberg in dem Besitz der Pro Potsdam zu belassen und freut sich über das finanzielle Engagement des Landes, damit auch nach der Sanierung die Mieten bezahlbar bleiben. Sehr verwunderlich ist für uns jedoch die Äußerung der Stadtverordneten Brigitte Lotz (Grüne), das die Grünen ‚...stets für den Verbleib der Heidesiedlung bei der Pro Potsdam eingetreten' sind. Laut der Aussagen von Bewohnern der Siedlung hat speziell Frau Lotz die Verhandlungen ergebnisoffen gehalten und bis zum Schluss war nicht erkennbar, wo die Reise hingeht. Jetzt bleibt für die Bewohner anderer bedrohter Wohnblöcke in der Behlertstraße sowie am Brauhausberg zu hoffen, dass die Grünen das Konzept der Heidesiedlungssanierung wirklich als wiederholbar betrachten und sie nicht wirtschaftshörig rückfällig werden. DIE LINKE wird sich auf jeden Fall weiterhin für Mieten, auch nach Sanierung, auf sozialverträglichen Niveau einsetzen.

Michél Berlin,
OV Babelsberg/Zentrum Ost

Linkes Kinderfest wird Tradition

Am Samstag, dem 1.Juni, weithin als Internationaler Kindertag bekannt, hatte DIE LINKE Potsdam zum Kinderfest auf dem Babelsberger Weberplatz eingeladen. Ab 14 Uhr waren die Stände aufgebaut und belegt, die Ponys waren gesattelt und die Hüpfburg war aufgeblasen. So nach und nach füllte sich der Platz und ab 15 Uhr herrschte ein reges Treiben. Die Hüpfburg und die Ponys waren ständig in Beschlag genommen und auch die MitstreiterInnen beim Kinderschminken konnten sich nicht über mangelnde Beschäftigung beschweren. Viel Farbe brachte der Mitmachzirkus in das Fest. Erst wurden die Kinder mit einer kleinen artistischen Show gefesselt und dann durften sie sich selbst spielerisch betätigen. Aber auch andere Stände, wie das Bienenhotel, das Anti-AKW-Büchsenwerfen oder auch das Seifenblasen-machen, wurden von den Kindern mit großer Freude angenommen.

Für die „großen" PotsdamerInnen waren Infostände aufgebaut. So konnte der Verein §13 über seine Arbeit informieren und mit Zuckerwatte und Waffeln die Kinderaugen zum Leuchten bringen und auch DIE LINKE selbst hatte natürlich einen eigenen Stand. Für die kulinarischen Grundbedürfnisse war durchweg mit Gegrilltem, Kaffee und Kuchen, sowie kalten Getränken gesorgt. Ab 16:30 Uhr spielte die Potsdamer Coverband „TNT", wohlbekanntes Liedgut aus 40 Jahren Rockgeschichte und rundete so ein echt gelungenes Fest ab. Unser Ortsverband, der maßgeblich diese Veranstaltung ausgerichtet hat, möchte sich bei allen HelferInnen ganz herzlich bedanken.


Fleißig hinterm Tresen: Die Männer aus dem Potsdamer OV Nördliche Ortsteile.

Wir bedanken uns bei den Ortsverbänden Mitte, Nord und Süd, beim Kreisschatzmeister für seinen enormen Zeitaufwand und natürlich auch bei den GenossInnen aus dem eigenen Ortsverband, sowie bei allen Beteiligten aus den teilgenommenen Vereinen. Und denkt daran; Wenn die „Guten" feiern, regnet es erst beim Abbauen.

Michél Berlin
OV Babelsberg-Zentrum Ost


Im Gespräch am Rande: Anita Tack und Norbert Müller.



Das „Kind im Manne": Dr. Stephan Worseck jagt den Blasen hinterher

Bedingungsloses Grundeinkommen – eine Gefahr für den Kapitalismus?

„Die Würde des Menschen ist unantastbar" steht im Artikel 1 des Grundgesetzes. Gilt das für jeden Menschen? Wenn die Würde des Menschen doch aber unantastbar ist, wie kann dann unser Leben vom Besitz eines Arbeitsplatzes abhängig sein? Produziert diese Gesellschaft zur Befriedigung der Grundbedürfnisse aller nicht mehr als genug? Muss da tatsächlich noch die Grundbedürftigkeit eines Menschen geprüft werden?

Ein Konzept, das die aufgeworfenen Fragen löst, gibt es bereits: das Bedingungslose Grundeinkommen (BGE). Im Folgenden sollen einige Effekte des BGE vorgestellt werden und zum Weiterdenken animieren: Mit dem BGE wird die Spaltung der Gesellschaft in Erwerbseinkommens- und Transferleistungsbeziehende aufgehoben. Die Errungenschaften der Gesellschaft, auch und vor allem durch den technologischen Fortschritt, kommen umverteilt und bedingungslos Allen zu Gute. Ehrenamtliche Arbeit, Familienarbeit usw. sind materiell abgesichert und damit gesellschaftlich anerkannt. Durch Erwerbsarbeit lässt sich ein zusätzliches Einkommen hinzuverdienen. Der Effekt: Eine Belebung des Erwerbsarbeitsmarktes durch individuelle Verkürzung der eigenen Erwerbsarbeitszeit. Mit dem Existenz sichernden Grundsockel ist jede Form der Armut abgeschafft. Wer Erwerbsarbeit leistet, zahlt paritätisch weiter in die gesetzlichen Sozialversicherungskassen



(KV, RV, PV, UV) ein, um im Versicherungsfall – über die Grundversorgung hinaus – einen zusätzlichen Anteil zu erhalten. Insgesamt ist die Verhandlungsmacht für Gewerkschaften gestärkt! Beschäftigte sind weniger erpressbar und können sich ohne Angst vor Entlassung in ihren Betrieben engagieren, eine berufliche Neuorientierung eingeschlossen.

Arbeitgeber/-innen sind nun Arbeitnehmer/-innen, die bestrebt sind, ihre Arbeitsangebote attraktiv zu gestalten, wie z. B. durch Mitbestimmung, Betriebs- Kitas, Vergütung von Überstunden oder Gewinnbeteiligung (13. Gehalt). Das BGE ist ein Beitrag zur wirtschaftlichen Gleichstellung und Unabhängigkeit von Mann und Frau. Finanziell grundabgesichert lässt sich eher eine Familie gründen und mit Beruf und Karriere vereinbaren. Rentnerinnen und Rentner partizipieren gleichermaßen. Durch das BGE wird insbesondere der regionale Binnenmarkt gestärkt und es entstehen Anreize zur Gründung einer eigenen wirtschaftlichen Existenz mit neuen Erwerbsarbeitsplätzen. Das BGE ist eine Demokratiepauschale. Es ermöglicht die Teilnahme an Veränderungsprozessen in der jeweiligen Kommune, indem jedem Menschen die grundlegenden Mittel für ein Leben in Würde und seine persönliche Entfaltung in der Gesellschaft von der Gemeinschaft zur Verfügung gestellt werden.

Und ja, das BGE ist unserer Meinung nach die einzige neue soziale Idee des 21. Jahrhunderts, die Armut für immer beseitigt und durch die Aufhebung des Zwangs zur Erwerbsarbeit den Kapitalismus ins Wanken bringen kann.

Unser Konzept (Broschüre BAG), inklusive unserer Vorschläge zur Finanzierung, sind auf www.dielinke-grundeinkommen.de abrufbar.

Ringo Jünigk, Sprecher der LAG Grundeinkommen Brandenburg

RBB-Dokumentation:

Verharmlosende Darstellung neonazistischer Gewalttaten

„Ick hatte dit Glück dass meine Opfer immer wieder uffjestanden sind, und nicht liegen geblieben“- mit dieser Aussage Maik B.`s beginnt die Dokumentation vom 29. Mai 2013 „Ein langer Weg“, in der drei Häftlinge porträtiert werden. Unter dem Pseudonym Maik B. tritt der bekannte Neonazi-Schläger Marcus S. auf.

Schon mit seinem ersten Satz wird deutlich, dass es dem über 20-fach vorbestraften Marcus S. anscheinend nicht um die Abkehr von neonazistischer Ideologie geht, sondern die Furcht vor einem lebenslangen Gefängnisaufenthalt bzw. Sicherheitsverwahrung. Wegen der „Anwendung von übermäßiger Gewalt“ stand dies bei einem Prozess im Raum.

In emotionsgeladener Art und Weise werden in der Sendung Straftaten von Marcus S., die größtenteils neonazistisch und brutal motiviert waren, gleichrangig mit Straftaten wie Urkundenfälschung und Betrug behandelt. S. wird, so scheint es, als Opfer seiner Verhältnisse, als Verlierer der Wende in seiner Jugendzeit dargestellt, der in die Neonazi-Szene „abgerutscht“ sei – damit findet eine Täter-Opfer-Umkehr statt. Es wird kaum darauf eingegangen, was die Betroffenen durch S.`s Gewalttaten durchleben mussten. Bis zu seiner Verhaftung 2005 war Marcus S. als brutaler und gewalttätiger Neonazi-Schläger an Angriffen auf alternative Jugendliche beteiligt. Im Jahr 2006 wurde er schließlich im Zuge des „Tram-Prozesses“ zu fünf Jahren Haft verurteilt, da er im Juli 2005 u.a. mit den noch aktiven Neonazis Oliver Oeltze, Oliver Kalies, Melanie Witassek, Danny Leszynski, Thomas Pecht und Benjamin Oestreich an einem Angriff auf zwei vermeintlich linke Studenten beteiligt war. Angeklagt war er dort u.a. wegen versuchten Mordes.

In der Sendung versucht S. zu vermitteln, dass er nicht „glaube“, dass er in den nächsten Jahren nochmal straffällig werden würde. Ebenso gibt er an, der Szene den Rücken zugewendet zu haben und Fußballspiele zu besuchen.

Marcus S. steht jedoch weiterhin in Kontakt mit Neonazis. Ein Blick auf sein Facebook-Profil verrät, dass er immer noch mit dem altbekannten Neonazi-Schläger Matthias Rettke u.a. befreundet ist. Beide waren Bestandteil der Potsdamer Neonazi-Szene, an unzähligen Überfällen auf MigrantInnen bzw. Andersdenkende beteiligt. Rettke steht weiterhin im Kontakt zur organisierten Potsdamer Neonazi-Szene. Rettke und S. wurden 2003 zusammen verurteilt, da sie gemeinsam eine Person rassistisch beschimpft und mit Mord bedroht hatten. Im Jahre 2005 traten sie zusammen beim s.g. „Chamäleon-Prozess“ auf und schüchterten zusammen mit Berliner Neonazis (Sebastian Schmidtke, René Bethage u.v.m.) ZeugInnen ein.

Es ist skandalös, dass mit der Produktion des „Filmbüro Potsdam“ der öffentlich-rechtliche TV-Sender „Rundfunk Berlin-Brandenburg“ jemandem eine Plattform gibt, um seine neonazistischen Taten im Nachhinein zu verharmlosen und ihn so zu rehabilitieren. Die Taten von Marcus S. werden durch die Gleichstellung mit Betrug und Raub extrem verharmlost.

Der Park soll für ALLE da sein

Offener Brief an den Stiftungsrat, die Schlösserstiftung und alle politisch Verantwortlichen in Potsdam

Als Anwohner direkt am Park Sanssouci bitten wir (zwei Eltern und zwei Kinder) Sie als Verantwortliche dringendst, alles zu tun, damit der Park Sanssouci NICHT erstmals in seiner Geschichte mit einem regelmäßigen Eintritt prinzipiell der Öffentlichkeit verschlossen wird.



Warum?

1.) Der Park liegt im Unterschied zu anderen, weltweit bekannten Kulturerbe-Parks (London, Paris) mitten in der Stadt. Viele Wege der Bürgerinnen und Bürger Potsdams MÜSSEN durch den Park führen, zur Kita, zur Schule, zur Arbeit, zur Uni, zum Sport etc. Der Radweg durch den Park ist als Ost-West-Verbindung praktisch alternativlos und vor allem alternativlos sicher.

2.) Die Bürgerinnen und Bürger Potsdams finanzieren als Steuerzahler bereits auf mindestens drei Ebenen mit ihren Beiträgen den Park: als Bundesbürger, als Landesbürger und als solche der Stadt Potsdam.

3.) Die Stiftung präsentiert sich leider in vieler Hinsicht und zunehmend wie ein intransparenter, tendenziell absolutistischer Herrscher: Sie veranstaltet einerseits riesige, teure und für den Park vermutlich nicht gerade nachhaltige Events, und andererseits meldet sie immer wieder neue Bedürfnisse an, um anscheinend alles so zu erhalten oder noch „schöner“ zu machen, als es jemals war. Doch der Park ist in erster Linie LEBENSRAUM MITTEN IN DER STADT und eben nicht vor allem oder gar ausschließlich ein MUSEUM.

4.) Die Kosten für ein Dichtmachen des Parkes sind ganz sicher immens. Wer soll den Eintritt wie kontrollieren? Wann soll der Park täglich öffnen? Soll es nur noch wenige Eingänge geben? Die Kosten dieser „Privatisierung“ wiederum für die Allgemeinheit der Steuerzahlenden stehen in keinem vernünftigen Verhältnis zum etwaigen Nutzen.

5.) Wird der Park dichtgemacht, dürfte das bürgerschaftliche und zivilgesellschaftliche Engagement vieler ganz normaler Anwohner und Besucher (gegen Vandalismus, Graffiti etc.) logischerweise gegen Null gehen - das sollten dann eben die bezahlten Profis vom Sicherheitsdienst machen. Eine ganz schlimme Aussicht, denn alltägliche Zusammenstößé zwischen „Kunden“ und „Kassierern“ sind damit programmiert.

6.) Wir sollen immer mehr zahlen für den Park, dürfen ihn aber immer weniger nutzen. Unsere Stadt hat mitten in einer demokratisch verfassten Gesellschaft in diesem Kerngebiet kein Mitspracherecht. Der Park aber sollte für alle da sein und zugänglich sein und nicht nur für die zunehmend fragwürdigen und kaum nachvollziehbaren Interessen einiger Stiftungs- und Stiftungsratoberer.

Was meinen Sie?

Familie Dr. Doris und
Prof. Dr. Sebastian Köhler

Bei Öko aufs falsche Pferd gesetzt?

Glossiert: Was war zuerst da – Das Ei oder das Öko-Siegel?

Welche Zeiten und Wahljahre auch kommen und gehen: Lebensmittelüberwachung hin und Öko-Siegel her - diese Themen bleiben uns immer erhalten!

Mit einem namhaften und supermarktverbreiteten Hersteller aus unserer Region war die Suppe mit dem Pferd auf dem Flur und in der Dose auch zu uns geschwappt. Beruhigend zumindest, dass der gute Ruf eben dieses Herstellers mit seinen Qualitätskontrollen alle Schranken vor der Auslieferung evtl. zweifelhafter Produkte fallen ließ und damit stoppte.

Obwohl: An sauberem Pferdefleisch ist an sich ja nichts auszusetzen, im Gegenteil. Erschrocken waren wir Verbraucher nur über die Nicht-Kennzeichnung eben dieser Zutat.

Erschrocken? Moment mal... Wer in globalisierten Supermarktketten eine Fertig-Lasagne, eine Rinderfleischsuppe oder Fertig-Boulettenpackung für EINEN Euro kauft, sollte in sein rationales Gewissen schauen. Trotz Massenware geht Qualität nicht zu diesem Preis! Mal ganz abgesehen von der ökologisch fragwürdigen 2000 Kilometer-Kutscherei der Zwischenprodukte quer durch Europa.

Beim Pferdefleisch und falschen Öko-Eiern gilt immer noch: Kaufe weniger, aber besser bei regionalen Anbietern. Das kostet über den Monat dasselbe wie Großpackungen im Supermarkt, verursacht aber weniger abgelaufene Lebensmittel im Kühlschrank und ist für die Gesundheit und den regionalen Markt auf Dauer gesünder - oder um es im modernen Politikdeutsch zu formulieren... nachhaltiger.

Apropos nachhaltig: Unsere Verbraucher- und Schwafelministerin Ilse Aigner hatte und hat natürlich bei solchen Fällen wie Pferdefleischskandal, falschen Öko-Eiern und Schimmel-Tierfutter immer 10-Punkte-Pläne in der Schublade. Neben dem Wort Nachhaltigkeit in jedem 3. Satz kann man die Quintessenz ihrer (mittlerweile penetranten) 10-Punkte-Pläne getrost auf einen gemeinsamen Nenner bringen: Auf der Stelle treten, mit blumigen Worten pusten und viel Wind erzeugen, dass alle denken, es sei was in Bewegung. Das kommt in Wahljahren immer gut an!

toberg

„20 Jahre Stunts'n Action"

Die Lange Babelsberger Filmparknacht am 3. August

In der Nacht der Nächte wird Babelsberg erbeben und erzittern, denn das 20-jährige Jubiläum der Stuntshow, eine der erfolgreichsten Shows in Deutschland, wird gefeiert! Pyrotechnischer Zauber und atemberaubende Stunts sorgen für Nervenkitzel non stop.

„Die spektakuläre Stuntshow im Vulkan fasziniert seit nunmehr 20 Jahren die Zuschauer. Was 1993 mit der Show „Final Countdown" und den anonymen Helden des Films begann, begeisterte seitdem mehr als 8 Millionen Gäste. Die diesjährige „Lange Babelsberger Filmparknacht" wird dieses Thema gebührend feiern und mit einem großen Spektakel aus Feuer, Explosionen, Stunts und Action begehen.", so Filmpark-Chef Friedhelm Schatz.

In einer eigens zum Jubiläum inszenierten Show am Fuße des Vulkans zeigt die Stuntcrew Babelsberg einzigartige Actionszenen, die selbst Hollywood erblassen lassen. Ein sensationelles Spiel aus Feuer, Technik, Special Effects und Stuntmenpower erwartet die Gäste in einer einmaligen Szenerie.

Illuminierte Sets, weitere faszinierende Shows, Performances und Live-Musik garantieren eine einzigartige Nacht. Traditionell krönt um Mitternacht ein perfekt inszeniertes Brillant-Feuerwerk die Filmpark-Szenerie. Ein unbedingtes Muss nicht nur für alle Nachtschwärmer!

Der Filmpark Babelsberg ist am 3. August durchgehend von 10.00 bis 24.00 Uhr geöffnet. Es gelten die regulären Eintrittspreise. Die Shows und Attraktionen des Tages- und Abendprogramms sind im Eintrittspreis inklusive. Beginn der Filmparknacht mit zusätzlichen Programm-Highlights ab ca. 18.00 Uhr.





„Wie weiter mit dem Verkehr in Potsdam?"

Das war das Thema einer Diskussionsveranstaltung am 4. Juni, zu der Anita Tack und DIE LINKE.Potsdam eingeladen hatten. Der Raum in der Rosa-Luxemburg-Stiftung war gerade noch ausreichend, und die Diskussion ging dann wirklich um sehr viele Probleme, Mängel, aber auch Erfolge in der Stadtentwicklungs- und Verkehrspolitik unserer Landeshauptstadt. Den Auftakt gestaltete Ina Glüsing mit einem sehr interessanten Vortrag über die Ergebnisse ihrer Masterarbeit zu den Möglichkeiten der Beeinflussung der Verkehrsmittelwahl von Berufspendlern in Potsdam. Sie kommt darin zu dem nicht unbedingt so zu erwartenden Ergebnis, dass Kosten und Attraktivität des Nahverkehrs sehr wohl zum Umstieg vom Auto anregen könnten. Die Mehrheit der für die Arbeit Befragten zeigten sich offen für verbesserte ÖPNV-Angebote. Das veranlasste den Beigeordneten für Stadtentwicklung und Bauen, Matthias Klipp, zu der Bemerkung, wenn es gelänge, nur 10 % der Berufspendler mit Auto davon zu überzeugen, dass es auch anders geht, wäre dem Potsdamer Verkehr schon viel geholfen. Dass dem Kapazitätsprobleme in den Bahnen und Bussen, zu große Taktzeiten ins und aus dem Umland und vor allem das liebe Geld entgegen stehen, erbrachte dann die Diskussion. Sie ergab auch, dass es das eine große zu lösende Problem nicht gibt, sondern eine Vielzahl einzelner Maßnahmen nötig sind. Und so war dann auch folgerichtig der Hinweis auf das Szenario „Nachhaltigkeit" des Stadtentwicklungskonzepts Verkehr, in dem solche Maßnahmen enthalten sind – wenn sie dann auch konsequent finanziert werden.

Klaus-Uwe Gunold

Sudoku

5						9		4
			3	9	6		8	
		9	8				1	
6					5			
		1				5		
			9					7
	5				2	6		
	4		6	7	9			
8		6						1

Auflösung Juni

9	2	4	**3**	**7**	**6**	8	5	1
5	6	7	9	**8**	1	4	3	**2**
3	**1**	8	2	5	4	6	**7**	9
8	**5**	**9**	6	1	2	**7**	**4**	3
4	7	1	**5**	3	**8**	9	2	**6**
6	**3**	**2**	7	4	9	**5**	**1**	8
1	**8**	6	4	2	7	3	**9**	5
2	4	5	8	**9**	3	1	6	**7**
7	9	3	**1**	**6**	**5**	2	8	4

tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine

Montag, 08.07.2013, 14.30 Uhr:
„Die schönsten Nationalparks - Alaska, Costa Rica und Arizona". Eine interessante Reise durch die schönsten Nationalparks der Erde mit Karl Kreutz. *

Montag, 15.07.2013, 14.30 Uhr:
„Eine Reise in Bildern durch den Iran". Teil 1: Von Teheran bis Pasargadae - eine interessante Reise quer durch den Iran mit Eva Gretsch. *

Dienstag, 16.07.2013, 14.30 Uhr:
„10 Tage im Leben einer thailändischen Nonne". Begleiten Sie Josephine Worseck durch Thailand, nehmen Sie Anteil am Leben der Nonnen und Mönche in einem Tempel und lernen Sie ihre Meditation und Gebete, ihren Tagesablauf, ihre Schlaf- und Essgewohnheiten kennen. *

Montag, 22.07.2013, 14.30 Uhr:
„Afrika Safari - durch den Süden Äthiopiens". Eine fotografische Safari durch Afrika mit Ingrid Püschel. *

Montag, 29.07.2013, 14.30 Uhr:
„Eine Reise in Bildern durch den Iran". Teil 2: Von Shiraz bis Qom. Die Reise in Bildern wird fortgesetzt. *

Dienstag, 30.07.2013, 14.30 Uhr:
„Sommer - Sonne - Lebensfreude - und alte Melodien ...".
Ein Sommerfest mit den schönsten Schlagermelodien aus vergangenen Jahrzehnten mit Gerald Meister. *

* Seniorentreff der Dahlweid-Stiftung, Edisonallee 11, Zentrum-Ost